

Factsheet

Effiziente Gebäude: sozial und ökologisch unverzichtbar!

Der zentrale Hebel für den Klimaschutz in Gebäuden, bezahlbares Heizen und ein gesundes Wohnklima liegt in der energetischen Modernisierung von Wohngebäuden. Je länger die Politik mit wirksamen Maßnahmen wartet, desto höher werden die Belastungen vor allem für arme Menschen und desto aufwändiger werden die notwendigen Schritte zu einem späteren Zeitpunkt.

Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND) und der Paritätische Gesamtverband fordern deshalb, gesetzliche Mindeststandards für die Effizienz von Gebäuden im Bestand einzuführen. Die Bundesregierung muss außerdem die sozialverträgliche und wärmietenneutrale Umsetzung von energetischen Modernisierungen gewährleisten. Dafür braucht es unter anderem sozial gestaffelte Förderprogramme und eine deutliche Reduktion der Modernisierungsumlage.

Eine verbindliche und soziale Sanierungsoffensive, angefangen bei den ineffizientesten Gebäuden, ist sozial und ökologisch aus folgenden Gründen dringend geboten:

- **Ohne weitere Maßnahmen im Gebäudebereich sind die Klimaschutzziele bis 2030 und darüber hinaus nicht erreichbar¹**, die schwache Ausgestaltung des „Heizungsgesetzes“ vergrößert die Lücke erheblich². Alle großen Klimaschutz-Szenarien zeigen: Eine erneuerbare Energieversorgung von Gebäuden reicht nicht aus, der Energieverbrauch muss sinken³.
- **Die energetische Modernisierung von Wohngebäuden ist zentral.** Rund 70 Prozent der Energie für die Beheizung und warmes Wasser geht auf Wohngebäude zurück⁴. Die Gebäude der zwei schlechtesten Energie-Effizienzklasse sind für die Hälfte der Treibhausgasemissionen in Wohngebäuden verantwortlich⁵.
- **Der hohe Energieverbrauch in schlecht sanierten Wohnungen trifft arme Menschen finanziell besonders hart.** Menschen mit den geringsten Einkommen geben, relativ zu ihrem Einkommen, fünf Mal so viel fürs Heizen aus wie Menschen mit den höchsten Einkommen⁶.
- **Ineffiziente Gebäude belasten Bewohner*innen auch gesundheitlich durch einen mangelnden Schutz vor Hitze, Kälte und Feuchtigkeit.** Menschen mit wenig Geld leben besonders häufig in Gebäuden mit geringer Effizienz⁷ und besonders häufig in Mietwohnungen⁸, in denen sie keinen Einfluss auf die energetische Qualität des Gebäudes haben.
- **Über 40 Prozent der einkommensarmen Menschen in Deutschland sind schon jetzt von Wohnkosten überlastet, d.h. sie müssen mehr als 40 Prozent ihres Haushaltseinkommens allein für ihre Wohnkosten ausgeben⁹.** Sie können keine weiteren Kostensteigerungen - z.B. durch steigende Energiepreise aufgrund schlecht gedämmter Wohnungen - verkraften. Der Gaspreis ist 2023 doppelt so hoch wie 2021¹⁰.

Hintergrund

Aktuell verhandeln das EU-Parlament, die EU-Kommission und die Mitgliedsstaaten über neue Vorgaben im Rahmen der EU-Gebäuderichtlinie. Eine zentrale Maßnahme darin sollten Mindeststandards für die Effizienz von Gebäuden sein („Minimum Energy Performance Standards“, MEPS).

Eigentümer*innen der Gebäude der schlechtesten Effizienzklassen müssten dem Vorschlag nach bis zu einem festgelegten Zeitpunkt, zum Beispiel 2030, wenige Maßnahmen durchführen, um eine bessere Effizienzkategorie zu erreichen. Eine Vollsanierung wäre nicht verpflichtend, die Art der Maßnahmen wäre frei wählbar, der Umstieg auf erneuerbare Wärme würde darauf angerechnet und Ausnahmen zum Beispiel für Härtefälle wären vorgesehen.

Deutschland hatte sich in der Vergangenheit im Ministerrat für die Standards stark gemacht und sich im Koalitionsvertrag darauf geeinigt, das Fit-for-55-Paket der EU-Kommission, in Rahmen dessen die MEPS vorgeschlagen wurden, zu unterstützen.

In ihrem Maßnahmenpaket zum „Baugipfel“ am 25.09.2023 hat die Bundesregierung formuliert, sie wolle verpflichtende Sanierungen einzelner Gebäude ausschließen. Bauministerin Klara Geywitz wurde bereits im Vorfeld in den Medien damit zitiert, dass sie sich gegen solche Sanierungspflichten ausspreche und sich bei der energetischen Modernisierung auf öffentliche Gebäude fokussieren wolle. Die aktuell zur Verhandlung stehende Ausgestaltung der MEPS wurden durch die Mitgliedsstaaten bereits deutlich abgeschwächt.

Stand 11. Oktober 2023

Kontakt:

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND) – Irmela Colaço, Leiterin Wohnen und Gebäude, irmela.colaco@bund.net

Der Paritätische Gesamtverband, Greta Schabram, Referentin für Sozialforschung und Wohnen, wohnen@paritaet.org; Jonas Piper, Referent für übergreifende Fachfragen: stab@paritaet.org

¹ Expertenrat für Klimafragen 2023, https://expertenrat-klima.de/content/uploads/2023/09/ERK2023_Pruefbericht-Gebaeude-Verkehr.pdf

² Es werden durch die Abschwächungen laut Prognosen des Öko-Instituts (2023) nur 11 bis 39 Megatonnen (Mt) THG eingespart werden bis 2030 statt 54 Mt. https://www.oeko.de/fileadmin/oekodoc/Quantifizierung_GEG.pdf

³ Z.B. Prognos AG et al. 2021 https://static.agora-energiewende.de/fileadmin/Projekte/2021/2021_04_KNDE45/A-EW_209_KNDE2045_Zusammenfassung_DE_WEB.pdf; Kopernikus-Projekt Ariadne 2021, https://ariadneprojekt.de/media/2022/02/Ariadne_Szenarienreport_Oktober2021_corr0222_lowres.pdf; Boston Consulting Group 2021, https://issuu.com/bdi-berlin/docs/211021_bdi_klimapfade_2.0_-_gesamtstudie_-_vorabve

⁴ dena 2023, https://www.dena.de/fileadmin/dena/Publikationen/PDFs/2022/dena_Gebaeudereport_2023.pdf

⁵ ifeu 2019, https://www.gruene-bundestag.de/fileadmin/media/gruenebundestag_de/themen_az/bauen/PDF/210505-ifeu-kurzstudie-gebäude-mit-schlechtesten-leistung.pdf

⁶ Öko-Institut 2023, https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Studien/Oeko-Institut-2023-Soziale-Aspekte-Waermewende_RLS.pdf

⁷ Öko-Institut 2022, <https://www.oeko.de/fileadmin/oekodoc/Kurzstudie-Sanierung-Ein-und-Zweifamilienhaeuser.pdf>

⁸ Öko-Institut 2023, https://www.mieterbund.de/fileadmin/public/Studien/DMB_WohnkostenbelastungMietende_final.pdf

⁹ Auswertung von Eurostat, EU-SILC 2022, https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/ILC_LVHO07A/default/table

¹⁰ BDEW, 2023, <https://www.bdew.de/service/daten-und-grafiken/bdew-gaspreisanalyse/>